



Aspekte zum Ende von „New START“ am 5. Februar 2026

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2026

Zusammenfassung

„New START“, das letzte bilaterale Abkommen über strategische Nuklearwaffen, endet am 5. Februar. Dabei sind mit Russlands Aggression gegen die Ukraine auch nukleare Risiken wieder in den Fokus geraten. Russland hat häufiger geschickt mit Wirkung auf westliche Bevölkerungen und Regierungen mögliche Einsätze von „taktischen Nuklearwaffen“ angedeutet und so die Selbstabschreckung der Regierungen verstärkt. Es zeigt sich, dass Entscheidungen auf das Ende des INF-Vertrags 2019, die substrategische nukleare Lücke nicht durch entsprechende nukleare Mittelstreckensysteme zu schließen, nun im Krieg dazu zwingen, F-35 Kampfflugzeuge für die nukleare Teilhabe zu beschaffen und US-Tomahawks für die substrategische Aufgabe zu stationieren und so der russischen Doktrin „der Eskalation zur Deeskalation“ zu begegnen. Und auf der strategischen Ebene werden ohne Verträge die nationalen Doktrinen besondere Bedeutung gewinnen und Stabilität und Sicherheit durch Fehleinschätzungen beeinträchtigt, ja gefährdet werden können. Und jeder neue Schritt zur Rüstungskontrolle ist umso intensiver gegen das erforderliche Potenzial zur Abschreckung zu balancieren, je weniger Nuklearwaffen beiden zur Verfügung stehen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

In dieser Woche endet die fünfjährige Verlängerung des „New START“-Abkommens zwischen den USA und Russland. Bei ihrem Treffen in Genf am 16. Juni 2021 hatten Biden und Putin diese Verlängerung als Beispiel ihres Engagements für Rüstungskontrolle bestätigt. Ein Jahr danach und fünf Monate nach Beginn seiner Aggression gegen die Ukraine setzte Putin alle Inspektionen dieses Abkommens aus und machte das Abkommen mit dem Aussetzen der Teilnahme 2023 zu einer beliebig zu beachtenden Hülle.

Zuletzt hatte Putin für diese Hülle eine Verlängerung der Laufzeit um ein Jahr angeboten, worauf die Trump-Regierung „mit Interesse reagierte“. Aber bis Anfang Februar lag keine Antwort der USA oder gar eine gemeinsame Festlegung zur Verlängerung vor. Diese Entwicklung erhöht die Gefahr fehlerhafter Einschätzungen. Diese können Stabilität und Sicherheit unverhofft beeinträchtigen oder sogar gefährden.

Mit dem brutalen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine seit fast vier Jahren als Teil seiner imperialen Reconquista-Politik sind auch die nuklearen Risiken, Bedrohungen und Gefahren für den transatlantischen Raum erneut in den Fokus getreten. Eine äußerst gefährliche Entwicklung hat sich aus der Tatsache ergeben, dass die größte Nuklearmacht Russland sich sicher genug fühlt, unabirrt ihren Angriffskrieg gegen das zweitgrößte Land Europas zu führen.

Dies ist umso beunruhigender, weil erstens die Ukraine konventionell angegriffen werden konnte, da sie im Vertrauen auf Garantien ihre Nuklearwaffen schon 1994 Russland übergeben hatte und zweitens – ebenso bedrückend – die Selbstabschreckung der westlichen Staaten dazu führte, eine militärische Unterstützung mit eigenen Truppen im Rahmen des Art. 51 der VN-Charta schon vor dem Beginn der Invasion zu verneinen.

Putin und führende Mitglieder im Kreml haben verbal, aber auch durch Übungen und Verlegungen nuklearer Waffensysteme unterhalb der strategischen Reichweite, in den letzten Jahren immer wieder geschickt und mit Wirkung auf die westlichen Bevölkerungen und Regierungen den Einsatz nuklearer Waffen nicht so sehr gegen die Ukraine als vielmehr gegen die Unterstützer der Ukraine ins Spiel gebracht, ja damit gedroht.

So haben sie die Selbstabschreckung im „Westen“, nicht zuletzt in Deutschland aufrechterhalten, ja gestärkt. Die Unterstützer waren und sind so verunsichert, dass sie immer ihre eigenen Maßnahmen – unter dem Aspekt, Eskalation zu vermeiden – begrenzten und so der fortdauernden Eskalation Russlands im Front- und Flächenkrieg gegen die Ukraine Raum gaben. Nie konnten sich die westlichen Staaten und Partner entschließen, die Ukraine so umfangreich und so zügig militärisch und mit massiven, wirksamen Sanktionen gegen Russland zu unterstützen, damit ein Zurückweisen des Eroberers in Reichweite kommen konnte.

Diese Lage hatte auch damit zu tun, dass während der Erörterung der Verstöße Russlands gegen die Bestimmungen des INF-Vertrags durch den Ausbau seiner nuklear bestückbaren Mittelstreckenwaffen in den vergangenen 15 Jahren und mit der deshalb erfolgten Aufkündigung und schließlich Beendigung des Vertrages im August 2019 die NATO-Staaten sich nicht zu entsprechenden und Russland beeindruckenden Gegenmaßnahmen im Bereich substrategischer nuklearer Waffensysteme entschließen konnten.

Erst als Russland aufgrund seiner Einschätzung begrenzter westlicher Reaktion die Invasion am 24. Februar 2022 begonnen hatte, kündigte der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner Zeitenwende-Rede am folgenden Sonntag, 27. Februar, im Deutschen Bundestag eben nicht nur 100 Milliarden Euro zur Stärkung der Bundeswehr an, sondern entschied auch – was zuvor immer wieder kontrovers und länglich diskutiert worden war – dass Deutschland mit Blick auf die nukleare Teilhabe 35 Kampfflugzeuge F-35 der USA beschaffen wird. Und beim



NATO-Gipfel 2024 wurde bekannt, dass Deutschland und die USA ab 2026 US-Tomahawk Marschflugkörper großer Reichweite in Deutschland stationieren werden.

Diese späten Entscheidungen erfordern einen Blick zurück auf die Maßnahmen der NATO nach dem Ende des INF-Vertrags. Schon vor dessen Ende hatten die NATO-Staaten sich eher bemüht, mit „gemeinsamer Sprache“ die sehr unterschiedlichen Vorstellungen einzufangen als eine schlüssige Position zu entwickeln, wie die substrategische nukleare (Abschreckungs-)Lücke glaubwürdig geschlossen werden konnte.

So äußerte der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Frühjahr 2020, man werde an Maßnahmen zur Luftverteidigung und Raketenabwehr arbeiten, wirksame konventionelle Waffen herstellen und erhöhte Alarmbereitschaft und längere Vorwarnzeiten anstreben. Sehr früh legte man sich aus innenpolitischen Gegebenheiten in europäischen Mitgliedstaaten fest, keine nuklearfähigen Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren.

Die russische Nukleardoktrin der „Eskalation zur Deeskalation“ im Rahmen des Aggressionskrieges hat jetzt deutlich vor Augen geführt, dass rein defensive und nur konventionelle Maßnahmen nicht ausreichen, um die vorhandene Lücke im substrategischen Bereich zu schließen und Russland von der Nutzung seines Mittelstreckenpotenzials zur Einschüchterung, Erpressung, Bedrohung und sogar dem Einsatz abzuhalten, geschweige denn, abzuschrecken.

Diese substrategische Lücke muss nun unter den Gegebenheiten des großen Krieges in der Ukraine wirksam und glaubwürdig geschlossen werden. F-35 – für die nukleare Teilhabe – und luftgestützte Marschflugkörper der USA in Europa sind dafür Kandidaten. Denn die europäischen Bündnispartner dürfen die USA als die ultimative Garantiemacht nicht in eine Situation bringen, bei der einer nuklearen Erpressung gegen regionale Mitgliedstaaten nur mit einer nuklearen Option auf der Ebene strategischer Waffensysteme geantwortet werden könnte.

Auf der strategischen Ebene gewinnen ohne bilateralen Vertrag jeweilige nukleare Doktrinen auf beiden Seiten besonderes Gewicht. Jede fehlerhafte Einschätzung kann Stabilität und Sicherheit beeinträchtigen, ja gefährden. Auch ist klar, dass Schritte zur Rüstungskontrolle umso intensiver gegen das erforderliche Potenzial zur Abschreckung zu balancieren sind, je weniger Nuklearwaffen beiden zur Verfügung stehen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen